



Abstimmung vom 28.2.2016

Verbot für Spekulation mit Nahrungsmitteln bleibt chancenlos

**Abgelehnt: Volksinitiative «Keine Spekulation mit
Nahrungsmitteln»**

Rudolf Burger

Empfohlene Zitierweise: Burger, Rudolf (2019): Verbot für Spekulation mit Nahrungsmitteln bleibt chancenlos. *Swissvotes – die Datenbank der eidgenössischen Volksabstimmungen*. Online: www.swissvotes.ch. Abgerufen am [Datum].

Herausgeber dieses Dokuments: Swissvotes – die Datenbank der eidgenössischen Volksabstimmungen. Année Politique Suisse, Universität Bern, Fabrikstrasse 8, 3012 Bern. www.swissvotes.ch.

VORGESCHICHTE

Im Juni 2012 beschliessen die Jungsozialisten an ihrer Delegiertenversammlung, eine Initiative gegen die Spekulation mit Nahrungsmitteln zu lancieren. Mit ihrer «Spekulationsstopp-Initiative» wollen sie «eine der widerlichsten Formen der Profitmacherei» stoppen. Der Handel mit Agrarrohstoffen werde von den Finanzmärkten bestimmt, die Banken würden die Preise nach oben treiben und damit den Hunger auf der Welt fördern. Die Initiative verlangt ein Verbot von spekulativen Finanzgeschäften mit Nahrungsmitteln und Agrarrohstoffen. Ausnahmen gibt es einzig für Produzenten und Händler. Im Initiativkomitee sind auch die SP, die Grünen, die Jungen Grünen und Hilfswerke vertreten. Im März 2014 wird die Initiative mit 115 942 gültigen Unterschriften eingereicht.

In seiner Botschaft ans Parlament schreibt der Bundesrat, er teile die Ansicht der Initianten, dass hohe Preise für Grundnahrungsmittel für die Bevölkerung in Entwicklungsländern schwerwiegende Konsequenzen haben können. Weil die vorgeschlagenen Massnahmen aber keinen oder nur einen geringen Einfluss auf internationale Warenterminmärkte hätten und bei betroffenen Firmen auch in der Schweiz Arbeitsplätze verlorengehen könnten, spricht sich der Bundesrat gegen die Initiative aus. Im National- und Ständerat wird die Vorlage nur von der SP und den Grünen unterstützt.

GEGENSTAND

Es soll ein Artikel in die Bundesverfassung aufgenommen werden, der es Banken, Versicherungen und anderen Akteuren verbietet, in Finanzinstrumente zu investieren, die sich auf Agrarrohstoffe oder Nahrungsmittel beziehen. Weiter soll sich der Bund auf internationaler Ebene für die Bekämpfung solcher Geschäfte einsetzen.

ABSTIMMUNGSKAMPF

Ausser von den Grünen und der SP wird die Initiative nur von kleineren Parteien zur Annahme empfohlen – darunter auch die EVP, deren Nationalrätinnen im Parlament noch gegen das Anliegen gestimmt hatten. Das bürgerliche Lager stellt sich mit Ausnahme der Schweizer Demokraten geschlossen gegen das Anliegen.

Die Kampagne zur Spekulationsstopp-Initiative wirft keine hohen Wellen, die mediale Aufmerksamkeit und die Anzahl geschalteter Inserate bleiben relativ gering. Die grosse Mehrheit der veröffentlichten Inserate kommt vom Nein-Lager. Zwar ergibt eine Umfrage Anfang Januar 2016 eine Zustimmung von 48%, doch bei der nächsten Umfragewelle Anfang Februar sind nur noch 31% der Befragten «bestimmt» oder «eher dafür».

ERGEBNIS

Bei einer hohen Stimmbeteiligung von 62,9% – zurückzuführen auf die drei anderen Vorlagen an diesem Termin – wird die Initiative «Keine Spekulation mit Nahrungsmitteln» mit 59,9% Nein-Stimmen klar verworfen. Die stärkste Ablehnung resultiert in den Innerschweizer Kantonen Nidwalden (69,2% Nein), Obwalden (68,5%) und Zug (67,9%). In der Roman-

die und im Tessin ist die Ablehnung etwas geringer als in der Deutschschweiz, aber für eine Ja-Mehrheit reicht es nur in den Kantonen Jura (50,5%) und Basel-Stadt (50,4%).

Gemäss den Nachbefragungen der Vox-Analyse fand das Begehren im linken Lager – bei Sympathisanten von SP und Grünen – breite Zustimmung, dagegen gab es in der politischen Mitte und rechts klare Nein-Mehrheiten, am deutlichsten bei Anhängern der FDP. Die Befürworter liessen sich hauptsächlich von moralischen Erwägungen – «mit Essen spielt man nicht» – leiten, wohingegen für Gegner die «geringe Wirksamkeit» der vorgeschlagenen Massnahmen sowie der «wirtschaftsfeindliche» Charakter der Initiative im Vordergrund standen.

QUELLEN

Bieri, Niklaus, und Maximilian Schubiger (2016). *APS-Inserateanalyse der eidgenössischen Abstimmungen vom 28. Februar 2016*. Bern: Année Politique Suisse, Institut für Politikwissenschaft der Universität Bern.

Canetg, Fabio, und Nico Dürrenmatt (2019). *Ausgewählte Beiträge zur Schweizer Politik: Volksinitiative „Keine Spekulation mit Nahrungsmitteln“, 2012–2016*. Bern: Année Politique Suisse, Institut für Politikwissenschaft, Universität Bern. www.anneepolitique.swiss, abgerufen am 20.11.2018.

Sciarini, Pascal, Alexandra Feddersen und Simon Lanz (2016). *VOX 120. Nachanalyse der eidgenössischen Abstimmung vom 28. Februar 2016*. Bern, Genf: gfs.bern und Département de science politique et relations internationales de l'Université de Genève.

gfs.bern (2016). *Medienbericht zur 2. Welle der Befragungsreihe "SRG Trend" zur Volksabstimmung vom 28. Februar 2016*. Bern: gfs.bern.

Pressebeiträge: Berner Zeitung vom 1.10.2012. Tages-Anzeiger vom 2.7.2012.

Erläuterungen des Bundesrates zur Abstimmung vom 28.2.2016 (Abstimmungsbüchlein). Herausgegeben von der Bundeskanzlei.

Bundesblatt: BBl 2015 2053.